

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/126

Bonn, den 8. Juli 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 3	Kein Freibrief für Bonn Zur Wiederwahl von Strauß - Wieder ministrabel ?	112
3	Januskopf der Unionsparteien Zur Tagung der Sozialausschüsse der CDU	35
3a	Europas Arbeitnehmer in Unruhe Gewerkschaftliche Europademonstration in Dortmund Der Protest Jean Monnet	54
4	Urlaub - auch für die Bauern Wiedersachsen als Schrittmacher	46
5 - 6	Die Situation in Korea Von Kim Chul	98

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Koin. Freibrief für Bonn

Zur Wiederwahl von Strauß - Wiederministrabel ?

sp - Die eruptiven Vorgänge auf dem Münchener CSU-Parteitag sind nicht mit normalen politischen Maßstäben zu messen und schon gar nicht nach solchen politischen Kategorien zu bewerten. Man sollte daher auch nicht die Gesamt-CSU mit einer Hypothek belasten, die sich, wollte man ihre so erstaunliche Landesversammlung tatsächlich politisch betrachten, mit der Wiederwahl des tatsächlich umstrittensten Parteimannes der Bundesrepublik zum Vorsitzenden geradezu erdrückend auf sie niederlassen müßte. Die CSU hat, sieht man von den Münchener folkloristischen Eruptionen und von dem Mann, dem sie für und wider galten, ab, ihre großen demokratisch-parlamentarischen Meriten und es ist im allgemeinen Nationalinteresse, zu hoffen und zu erwarten, daß sich in der Sache auch weiterhin nichts an dieser positiven Einordnung ändern wird. Die CSU muß sich aber als Ganzes selbst darum bemühen und darf vor allem nicht dem Eindruck Vorschub leisten, als wäre mit der emotionalen Entscheidung vom 6. Juli eine Weichenstellung vorgenommen worden. Wenn man sich also in der Erkenntnis einigen kann, daß die Wiederwahl des Herrn Strauß ein bloßer Partei-Unfall war, dann läßt sich dieser 6. Juli insgesamt als ein Kuriosum registrieren, was es in den Augen der deutschen Staatsbürger ausserhalb des Strauß-Clans sowieso nur ist.

Von dieser so gewonnenen Position aus muß der Fall Strauß in der Bundesrepublik angesehen und behandelt werden. Die ausschließlich regional beschränkte Merkwürdigkeit eines (unter welchen spektakulären Umständen!) noch einmal auf zwei Jahre verlängerten Vorsitzes einer Regionalpartei muß schon von Anfang an ausschließlich in diesen Grenzen gesehen werden. Es ist nichts geschehen, was den mit Recht zur seiner nur unzulänglich verwalteten Ante als Bundesverteidigungsgeminister entfernten Mann etwa für Bonn und für die Bundesebene auch nur im geringsten wieder diskutabel gemacht hätte. Im Gegenteil. Seine Rückkehr in die Bundespolitik wäre eine Zumutung und schon der Gedanke an eine Neuverwendung im Bonner Regierungsrahmen ein nationaler Skandal. Der 6. Juli war und ist also kein Freibrief an Herrn Strauß für Bonn. Das "they never come back" der ausgeknockten Boxer zieht den Schlußstrich auch für dieses rustikale Unikum, das mit seinem unglückseligen Entschluß, auch Politiker zu werden, schon weit über das noch zulässige Maß hinaus Aufmerksamkeit beansprucht und Unruhe verursacht hat.

"Wieder etwas demokratisch"

Zum Abschluß der CSU-Landesversammlung am Wochenende in München resümierte der für zwei Jahre wiedergewählte Parteivorsitzende Franz Josef Strauß, wor die Debatten dieses Parteitages verfolgt habe, müsse zugeben, "wir haben uns das Prädikat "demokratisch" wieder etwas verdient". Nicht allen anwesenden Delegierten wird die Hinterlistigkeit dieser Bemerkung recht bewußt geworden sein. Sie hatten tags zuvor Sprüche ihres Parteiführers beklatscht und bejubelt, die jede andere Versammlung gewählter Delegierter als Zumutung zurückgewiesen hätte. Es gab dann allerdings eine Debattenrede, die mit dieser CSU-Landesversammlung, auf der es stellenweise wie auf einer der schaudigen Versammlungen unseligen Angedenkens im gegenüberliegenden Bürgerbräukeller zugeht, versöhnten konnte. Baron von Guttenberg blieb aber fast allein. Er war zu unbequem und forderte zuviel Überlegung.

Er lehnte Strauß in gekonnter Manier ab und widersprach offen und mutig der von Strauß zuvor beteuerten Unschuld in der "Spiegel-Affäre". Sogar die Strauß-Claque folgte gespannt der Darstellung innerparteilicher Kampfmethoden, mit denen nicht Mißstände aufgeklärt, sondern Kritiker bestraft werden und die Partei mit ihrem unstrittenen Vorsitzenden identifiziert wird. Die Regiefunktionäre jedoch, die Vorarbeiten lohten sich, v. Guttenberg bekam nur geringen Beifall. Hinterher wurde eine ganze Reihe plumper und ungeschickter Redner auf ihn losgelassen.

Strauß bekam die große Mehrheit, die vorausgesagt war. Er hatte keinen Gegenkandidaten: der bayerische Ministerpräsident Goppel, der früher für fähig gehalten wurde, das Amt des Parteivorsitzenden mit zu übernehmen, fand sich nicht bereit.

### Keine Siegestimmung

Trotz allem gab es nach der Wiederwahl von Strauß keine Siegestimmung. Die Delegierten mögen gespürt haben, daß der Segen der Kirche, auf den früher bei derartigen CSU-Veranstaltungen so großer Wert gelegt wurde, diesmal nicht dabei war.

Dieser Parteitag, der der CSU ihre innere Einheit wiedergeben sollte, hat die Kluft zu den "konservativen" Katholiken weiter aufgerissen. Einzelne sagten, unüberbrückbar gemacht. Strauß ließ jede Hemmung fallen, offen mahnte er bei den Kirchen Dankbarkeit dafür an, daß die CSU durch ihre Wirtschaftspolitik die Mittel für die Erfüllung ihrer Aufgabe beschafft habe. Ein Brief der Katholischen Aktion Bayerns, mit dem kurz vor der Landesversammlung in deutlicher Umschreibung von der Wiederwahl des skandalumwitterten Strauß abgeraten wurde, beherrschte schließlich die Szene. Ohne daß der Name des Münchener Kardinals genannt wurde, war sich doch jeder bewußt, gegen wen Strauß demonstrierte, als er in seiner zweistündigen Rede in langen Passagen gegen kirchliche Interventionen polemisierte. Die Vertreter der Partei, die sich in manchen Teilen Bayerns als Kirchenpartei gebärdet, brüllten dazu ihren Beifall. Manchem wird das wie eine revolutionäre Tat vorgekommen sein. Zurück blieb bei vielen ein schlechtes Gewissen. Als Strauß gewählt war, fehlte die alte Triumphstimmung.

### Die Strategie von Strauß

Bei den Strauß-Anhängern war die Rede von "Kernwählern", die man durch die Attacken auf die Kirche vielleicht verliere und von "Randwählern", die man dafür sicher in größerer Zahl gewinnen habe. Für einfache Geister hat diese Philosophie manches für sich. Wie eine Wunderwaffe verheißt diese Formel Hilfe und Unterstützung. Sie begreifen allerdings noch nicht recht, daß damit in die Praxis umgesetzt werden soll, was Gegner der Kirche seit langem behaupten: daß nämlich der Einfluß der Kirche in keinem adäquaten Verhältnis mehr zu den Menschen steht, die ihr wirklich anhängen. Auf diese Grenzlinie zielt Strauß hin. Er fühlt sich wieder stark zum Angriff. Jetzt sogar stark genug zum Angriff gegen die Kirche, die ihn nicht länger an der Spitze der Partei sehen wollte, die sich mit ihrem christlichen Namen ziert und Anspruch erhebt, für sie im weltlichen Raum zu wirken. Er will die Kirche zum Einlenken zwingen, indem er ihre Glieder zur Entscheidung aufruft, zwischen ihm und ihr zu wählen. Verluste bei der "Kernwählern" will er riskieren, in der Überzeugung, aus den Randbezirken, gewissermaßen von den christlichen Mitläufern, dafür reichlich entschädigt zu

worden. Eine wahrhaft demütige Taktik für den Vorsitzenden einer Partei, die sich Christlich-Soziale Union nennt.

#### Wachsamkeit geboten

Die Debatte auf dem Parteitag wurde dadurch kopflastig, daß sich die Strauß-Gegner an Versammlungsgeschick und Demagogie nicht annähernd mit ihm messen konnten. Strauß fing sie in billigen Fallen und fesselte diese ehrtussligen Leute mit ihren unbedachten Formulierungen. Sie waren ihm auf diesem Parkett nicht gewachsen, und, was erschreckend ist, sie haben ihn mit seiner Taktik noch immer nicht durchschaut.

Was sich in München ereignete, scheint zunächst eine innerbayerische Angelegenheit. Sie ist es zweifellos nicht nur. Strauß arbeitet in Bonn und wird mit dem Wahlergebnis sein Come back versuchen. Daß er auch weiterhin vor nichts zurückschreckt, beweist sein Gang mit der Kirche. Zaghafte Prognosen aus den Reihen der CSU, er werde dafür umso sicherer von der politischen Bühne verschwinden, sind kein Trost. Wir müssen vor diesem "Demokraten" weiter auf der Hut sein.

+ + +

#### Januskopf

sp - Was würde wohl die CDU von der SPD sagen, gäbe es in dieser Partei ebenso große Spannungen, ein ebenso lautes Stimmungsgewirr und ebenso grelle Dissonanzen, wie sie auf der Tagung der Sozialausschüsse der Christlich-Sozialen Union in Oberhausen nicht und hörbar wurden? Schnell wäre die Führung der CDU mit dem beliebigen Vorwurf zur Hand, die deutsche Sozialdemokratie sei unzuverlässig, sie wisse nicht, was sie wolle, sie lasse sich hin- und hertreiben und deshalb sei sie nicht zur Führung der Nation berufen. Aber wie steht es hier mit der nicht mehr zu verbergenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Sozialausschüssen und der CDU-Führung? Daß Katzer, der neue Vorsitzende, damit an die Öffentlichkeit ging, ist wohl Ausdruck eines allgemeinen Unbehagens des "Linken Flügels" der stärksten Partei über unsere staatliche und gesellschaftliche Entwicklung, die vieler Korrekturen bedarf. Herr Dufkues, der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, ist kein Freund öffentlich geführter Diskussionen, er möchte die Sorgen der christlich-sozialen Arbeitnehmer mehr in stillen, von der Außenwelt abgeschirmten Kämmerlein behandelt wissen, um so eine Einigkeit vorzutäuschen, die es nicht gibt. Katzer dagegen vertritt sich gerade von solchen öffentlichen Diskussionen für sich selbst und seine Partei eine größere Resonanz. Doch hinter diesem Gegensatz verbirgt sich mehr als eine nur taktische Frage, dahinter stecken Fragen von explosiver Sprengkraft. Die Sozialausschüsse der CDU/CSU wollen nicht mehr bloße Anhängsel sein, sie haben bestimmte gesellschaftspolitische Vorstellungen, die sie als Programm der gesamten Partei gesichert haben wollen; sie stoßen dabei auf egoistisch orientierte mächtige Gruppen innerhalb der eigenen Partei, deren Einfluß bisher dominierte. Wird etwa die nach Adenauers erzwungenem Rücktritt neu zu bildende Regierung unter Erhard sich aufgeschlossener zeigen in der Vermögensbesteuerung, im Abbau der Steuerprivilegien? Das ist wohl nicht zu erwarten. Die CDU zeigt heute verschiedene Gesichter und spricht verschiedene, miteinander nicht zu vereinbarende Stimmen, sie zeigt sich als eine Partei, die nicht weiß, welchen Weg sie in Zukunft einzuschlagen gedenkt. In vielen Bereichen werden die Sozialausschüsse der Union eher die Unterstützung der SPD finden als die der eigenen Partei.

+ + +

8. Juli 1963

### Europas Arbeitnehmer in Unruhe

Die europäischen Arbeitnehmer sind in wachsender Unruhe. Seit Monaten stagniert die Europapolitik. Die Aufnahme Englands in die EWG scheiterte an de Gaulles Vorstellung vom "Europa der Vaterländer" und das hat nicht nur bei den Politikern, sondern weit darüber hinaus in der europäischen Bevölkerung die Befürchtung eines Rückschlages in einen neuen Nationalismus bewirkt. Die Sorge darüber hatte 25 000 Arbeitnehmer, unter ihnen 2.000 aus den Nachbarländern der EWG, in die Dortmunder Westfalenhalle geführt, um für ein freies, demokratisches, für ein friedliches und soziales Europa die Stimme zu erheben.

"Die demokratischen Völker Europas in den Vereinigten Staaten von Europa zusammenschließen, zwischen diesem neuen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika eine Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu schaffen, das ist die große friedliche Revolution unserer Zeit", so beschwor Jean Monnet, einer der Väter der EWG, die Versammlung, in der er der Hauptredner dieser europäischen Kundgebung; zusammen mit dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa und Jan Spitzner der europäischen Gewerkschaftsbewegung war.

Jean Monnet hielt eine von innerlicher Leidenschaft getragene Rede die dem Empfinden der Masse entsprach, als er daran erinnerte daß die Welt, die wir kannten, durch Tyrannei und Krieg in Trümmer gesunken sei. Jahrhundertlang seien die Völker durch Grenzen, Zölle und Kriege getrennt und zu Gegnern gemacht worden und die Teilung Europas zu einer Doktrin: dem Nationalismus. Zur Einigung der Völker Europas müssen aber die nationalistischen Formen der Vergangenheit überwunden werden.

Die Quintessenz des gemeinsamen Protests aller europäischen Gewerkschaften dem Jean Monnet hier Ausdruck gab, war die scharfe Ablehnung des Versuchs de Gaulles vom Wege der Vereinigung Europas in die Aufspaltung Europas in Nationen zurückzuführen. Im Gegensatz zu de Gaulle müsse die Neugestaltung Europas über die wirtschaftliche Beziehung hinaus zu einer politischen Autorität für Europa führen, die heutige Form der geschaffenen Institutionen entspreche nicht mehr den Notwendigkeiten. Der Zeitgeist sei gekommen, die Rolle des europäischen Parlamentes und der übrigen Institutionen zu stärken, damit neuer Fortschritt erzielt würde. So bedürfte eines freigewählten europäischen Parlamentes, damit die Völker Europas an seinem Bau direkten Anteil haben. Gleichzeitig mit dem Streben nach der Vereinigten Staaten von Europa müßten wir eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika schaffen, denn Zukunft und Sicherheit der westlichen Demokratie hingen vom gemeinsamen Handeln Europas und der Vereinigten Staaten ab.

"Ich bin überzeugt, daß wir durch die Herstellung der Einheit Europas, zu dem Deutschland als wesentlicher Teil gehört und durch die Sicherung des Zusammenhalts im Westen die Wiedervereinigung des deutschen Volkes möglich machen werden. Das ist eine Forderung der Menschlichkeit, es ist aber auch eine Forderung des Friedens, von dem unser gemeinsames Schicksal abhängt."

Jean Monnet schloß seinen Appell unter der begeisterten Zustimmung der 25.000 für das vereinte Europa mit den Worten: "Es wäre eine gefährliche Täuschung, zu glauben, daß durch die Einigung Europas der militärische Ruhm unserer Vergangenheit wieder auferstehen würde. In Gegenteil; durch die Einigung der Völker Europas werden wir endlich unseren Kindern die Möglichkeiten für Fortschritt und Frieden geben können, welche die vorangegangenen Generationen uns nicht geben konnten oder nicht zu geben wußten."

Urlaub - auch für die Bauern

Niedersachsen als Schrittmacher

sp - Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Alfred Kubel (SPD) ist mit einem Landwirtschaftsprogramm an die Öffentlichkeit getreten, das nunmehr auch in den anderen Bundesländern diskutiert und voraussichtlich in vielen Teilen aufgegriffen wird. Dieses Schwerpunktprogramm wird für die nächsten vier Jahre das Kernstück eines Arbeitsprogramms für die niedersächsische Landwirtschaft sein. Es wird darum gehen, den Bauern die Arbeit auf dem Hof zu erleichtern und den kleinen Höfen zu einer größeren Rendite zu verhelfen.

Zum ersten Mal in Deutschland ist durch Kubel ein Programm vorgelegt worden, das dem Bauern und der Bäuerin ermöglichen wird, einmal im Jahr einen regulären Urlaub zu machen. Da 85 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe in Niedersachsen Familienbetriebe sind, bedeutet der Urlaubsplan von Kubel praktisch, daß zum ersten Mal alle Bauernfamilien eines deutschen Bundeslandes in den Genuß eines Jahresurlaubs kommen sollen.

Das Ministerium in Hannover geht davon aus, daß zwölf bis 15 Familienbetriebe zusammengefaßt werden und einen Urlaubsplan aufstellen. Für diese Hofgruppe steht dann ein landwirtschaftlicher Facharbeiter zur Verfügung, dem der Staat eine hochqualifizierte Ausbildung geben will und der dann anteilig von dem Bauern zu bezahlen ist. Man denkt daran, daß dieser Facharbeiter auf einem Nebenerwerbsbetrieb sitzt und dort zugleich den Maschinenpark der Bauern betreut. Um den neuen Berufstyp des besonders ausgebildeten Facharbeiters und Betriebsleiters zugleich anziehend zu machen, will die Regierung in Hannover diese Agrarspezialisten bei der Vergabe von Vollbauernstellen, die bei der Flurbereinigung anfallen, bevorzugt berücksichtigen.

Daneben will das Landwirtschaftsministerium von Kubel mit einem Spezialprogramm zur Gesundung der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und Gärtnereien beitragen. Mit einem Investitionsplan sollen diese Betriebe in den Stand versetzt werden, sich auf eine Spezialisierung hochwertiger Agrarerzeugnisse einzustellen, die am Markt leicht abgesetzt werden können. Man denkt hier an den Anbau hochwertiger Obst- und Gemisesorten. Das Rückgrat sollen diese Betriebe durch besondere Vermarktungseinrichtungen auf genossenschaftlicher und privatwirtschaftlicher Basis erhalten.

Auch sollen die Bäuerinnen noch stärker als bisher durch die sogenannten Dorfhelferinnen unterstützt werden. Die Helferinnen sind nicht zum Einsatz bei der normalen landwirtschaftlichen Arbeit da, aber springen ein, wenn irgendwo Krankheiten oder andere Ausfälle auftreten. Bisher hat Niedersachsen 60 Dorfhelferinnen, aber deren Zahl soll verstärkt werden. Hinter diesem ganzen Programm steht vor allem der Gedanke, etwas für die Gesundheit der Bäuerin auf dem Lande zu tun. Nach den in Hannover vorliegenden Statistiken leiden die Bäuerinnen besonders stark an verschleppten Krankheiten und werden eher als andere Frauen alt. Mit Hilfe eines geregelten Urlaubs, eines rentablen Betriebes und der Dorfhelferin soll nun diesem Problem zuleibe gerückt werden.

## Die Situation in Korea

Von Kim Chul

Der Verfasser war der Leiter des Auslandsbüros der Vereinigten Sozialistischen Partei von Korea, die von der jetzigen Militärregierung verboten wurde. Er lebt jetzt in Japan im Exil und ist Mitglied des Vorbereitungskomitees für eine koreanische Einheitsfront. Diese Organisation ist eine Zusammenfassung nichtkommunistischer Politiker, die für die Herstellung demokratischer Zustände in Korea kämpfen.

Die Militärregierung in der koreanischen Republik soll eigentlich im August 1963 - nach Präsidentschafts- und Parlamentswahlen - ihre Macht einer "zivilen" Regierung übertragen. In Vorbereitung dafür ist seit dem 1. Januar 1963 die Tätigkeit der politischen Parteien wieder erlaubt.

Diese Wiederaufnahme der Tätigkeit muß jedoch auf folgendem Hintergrund gesehen werden. Im vorigen Jahr veröffentlichte die Junta eine sogenannte "Säuberungsliste", die 4.000 Politikern jede politische Tätigkeit bis 1968 untersagt. Seitdem sind einige Namen von dieser Liste gestrichen worden, doch 2.593 Personen sind nach wie vor betroffen. Man muß auch wissen, daß unter denen, die gestrichen wurden, eine große Zahl korrupter und anderer Elemente sind, die mit den Militärs zusammenarbeiten werden oder eingesetzt werden, um Uneinigkeit in der Oppositionskräfte zu säen. Demgegenüber bleiben viele echte demokratische Sozialisten und ehrliche Konservative weiterhin auf der Verbotsliste.

### Verfolgungen

Viele Leute bleiben aus politischen Gründen im Gefängnis. Aus dieser Gruppe von rund 200 Personen sind 19 führende Persönlichkeiten der Vereinigten Sozialistischen Partei, etwa ein halbes Dutzend Führer der verbotenen Lehrgewerkschaft und einige Konservative, die "antirevolutionärer Tätigkeiten" angeklagt sind oder Anhänger Syngman Rhee und einige getarnte kommunistische Elemente. Im Dezember 1962 begnadigte die Junta trotzdem einige führende Leute von Syngman Rhee's alter Partei, der Gruppe, die für die Fälschungen der Märzahlen 1960 verantwortlich war.

Die Junta hat öffentlich erklärt, sie werde die Wiedergeburt irgendeiner Sozialistischen Partei nicht gutheissen. Zuerst wollten sie ein Verbot durch Gesetz erlassen, aber nach Protesten von internationalen demokratischen Organisationen änderten sie ihre Haltung. Sie erliessen so strenge Bedingungen für die Gründung politischer Parteien, daß sie sicher waren, keine sozialistische Partei würde in der Lage sein, diese zu erfüllen. Keine politische Partei wird anerkannt, wenn sie keine Lokalorganisation in mindestens einem Drittel der 120 Wahlkreise mit einem Minimum von 50 Mitgliedern in jeder der fünf (von neun) Provinzen hat, also 2 000 Mitglieder mindestens.

Während die neue bürgerliche Partei der Militärjunta - genannt die "Demokratisch Republikanische Partei" - durch korrupte Machenschaften enorme Fonds zur Verfügung hat, besitzt die Opposition keine Finanzen. Der Durchschnittsbürger Koreas hat kein Geld, das er einer Oppositionspartei schenken würde und Geschäftsleute haben Angst, der

Opposition Geld zu geben, da sie strengstens von der Geheimpolizei beobachtet werden.

General Park Chung Hee, der Führer der Junta soll Präsident der "zivilen" Partei der Junta werden. Als die Junta ihren Staatsstreich machte, versprach sie, die Regierungsgewalt zivilen Stellen übertragen zu wollen, wenn ihre "revolutionären Aufgaben" erfüllt seien. Dieses Versprechen ist jetzt gebrochen. Die Führer der Junta werden lediglich ihre Uniformen ausziehen und bei den Wahlen als "Bürger" kandidieren. Im übrigen wird die Macht General Parks größer sein als die Syngman Rhees oder General de Gaulles.

### Zwischen Faschismus und Demokratie

Was die Opposition anbelangt, so werden zwei konservative Parteien aufgebaut. Da alle verantwortlichen Leute die kommenden Kämpfe als eine Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Demokratie ansehen, wurden zuerst Versuche gemacht, eine vereinte Partei zu gründen. Aber wegen der Gegensätze im konservativen Lager wird es bei zwei Gruppen bleiben, wenngleich eine gewisse Hoffnung besteht, eine vorübergehende Vereinbarung zu treffen und einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die Junta versucht ebenfalls, eine scheinconservative Partei zu bilden, dem Namen nach eine Oppositionspartei, mit dem einzigen Ziel, die Oppositionskräfte zu spalten. Diese Partei würde natürlich genauso viel oder wenig Opposition darstellen wie die entsprechenden Scheinparteien in Nordkorea und China.

Die demokratischen Sozialisten versuchen die Vereinigte Sozialistische Partei wiederherzustellen (USP). Aber für diese neue Partei gibt es keine Möglichkeiten vor einem Wechsel von der Militär- zur zivilen Regierungsgewalt. Ausserdem ist die USP durch folgende Faktoren behindert: 1. die aktivsten Führer sind im Gefängnis, 2. andere Führer sind auf der Verbotsliste und dürfen sich nicht politisch betätigen oder sind im Ausland; 3. es bestehen keinerlei Geldmittel. Unter den neuen Regeln dürfen die Gewerkschaften politische Parteien nicht finanziell unterstützen. 4. die USP ist immer noch ziemlich stark unter den Intellektuellen, besonders bei den 87.000 Lehrern verankert. Aber Lehrer dürfen keiner politischen Partei beitreten, ebenso wenig wie die 100.000 Studenten, von denen die meisten demokratische Sozialisten sind; 5. die Junta hat die Föderation der koreanischen Gewerkschaften gezähmt, deren Führung jetzt den Befehlen des früheren Obersten Kim Chong Pil, dem Leiter der Geheimpolizei, gehorcht. Das Streikrecht ist nicht mehr garantiert, obwohl der Ausnahmezustand aufgehoben ist. (Vor kurzem begannen einige einflußreiche Gewerkschaftsführer für echte Gewerkschaftsrechte zu kämpfen.)

### Überall Spione

Die Spione der Geheimpolizei beobachten alle Universitäten. Journalisten wurden in den vergangenen zwei Jahren öfters verhaftet und viele Zeitungen geschlossen. Wir koreanischen Sozialisten haben uns niemals einer schwierigeren Situation gegenübergesehen. Obwohl auch unter Syngman Rhee die Lage äußerst schwierig war, war es doch möglich, daß im Jahre 1956 Cho Bong als Unabhängiger bei den Präsidentschaftswahlen kandidieren konnte. Er gewann zwei Millionen Stimmen und mußte für seinen Erfolg mit dem Leben bezahlen. Diesmal können die demokratischen Sozialisten weder als Partei noch durch die Aufstellung Unabhängiger konkurrieren, da das neue Parteiengesetz keine Unabhängigen zuläßt.